

A1 Kommunalpolitische Erklärung

Gremium: Landesverband Niedersachsen

Beschlussdatum: 12.04.2016

1 Kommunalpolitische Erklärung

2 Präambel

3 In den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist Politik konkret, unmittelbar
4 erfahrbar und nahe an den Bedürfnissen der Menschen. Kommunalpolitik heißt zum
5 Beispiel, Kinder-Betreuungsplätze zu schaffen, Schulen zu sanieren und zu
6 Ganztagschulen auszubauen oder binnen kürzester Zeit
7 Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen und vor Ort, im Dialog
8 mit den Bürgerinnen und Bürgern, für die erforderliche Akzeptanz zu sorgen.
9 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sind eine starke kommunalpolitische Kraft in
10 Niedersachsen. In den Kommunen liegen unsere Wurzeln. Derzeit sind wir mit über
11 2.000 Mandaten in den Räten und Kreistagen in Niedersachsen vertreten; und in 8
12 niedersächsischen Kommunen sind hauptamtliche GRÜNE Bürgermeisterinnen und
13 Bürgermeister im Amt. Unser kommunalpolitisches Engagement steht unter dem
14 Leitmotiv „Global denken – lokal handeln“.

15 Unsere Kommunen brauchen starke GRÜNE Politikerinnen und Politiker, die mit
16 Engagement, Mut und Kreativität für eine weltoffene, sozial gerechte und
17 ökologische Politik in unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden eintreten. Die
18 Herausforderungen vor denen unsere Kommunen in den kommenden Jahren stehen, sind
19 gewaltig. Die große Zahl der in den letzten Monaten zu uns geflüchteten Menschen
20 sind eine Chance bei der Bewältigung der im Zuge des demografischen Wandels
21 wachsenden arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Probleme. Diese Chance
22 tatsächlich zu ergreifen, bedeutet aber gleichzeitig eine gewaltige
23 integrationspolitische Herausforderung, der wir uns vor allem vor Ort stellen
24 müssen. Auch für uns alle existenziellen Fragen der Bekämpfung des Klimawandels,
25 die Sicherstellung einer zukunftsgerechten Mobilität, der Schutz unserer
26 natürlichen Lebensgrundlagen, der nachhaltige Umbau unserer Landwirtschaft, gute
27 Bildung für alle und die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit und sozialem
28 Ausgleich sind weitere Beispiele wichtiger Zukunftsaufgaben, denen wir GRÜNE uns
29 in den Kommunen annehmen. Deshalb ist GRÜNE Politik vor Ort unverzichtbar, darum
30 wollen wir gestärkt aus den Kommunalwahlen am 11. September 2016 hervorgehen und
31 mit starkem Rückhalt für unsere Politik in Gemeinden, Städten und Landkreisen
32 eintreten.

33 Kommunen ihren Aufgaben entsprechend ausstatten

34 Gerade in den Kommunen zeigt sich, dass der jahrelang postulierte schlanke Staat
35 längst zum abgemagerten Staat geworden ist, der kaum noch die Kraft hat, seine
36 Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Um ihre Aufgaben zu
37 bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die
38 Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Dieses ist bisher oft
39 nicht der Fall. Aufgrund der guten Konjunktur, niedriger Zinsen und gezielter
40 Hilfen durch das Land konnten die niedersächsischen Kommunen in ihrer Gesamtheit
41 zwar in den vergangenen Jahren ein leichtes Haushaltsplus erwirtschaften und
42 ihre rund 12 Mrd. € betragende Gesamtverschuldung geringfügig abbauen. Dieser
43 Umstand darf aber nicht den Blick für die erheblichen Unterschiede der
44 Haushaltssituation in den niedersächsischen Kommunen verstellen. Auch hier geht

45 die Schere zwischen arm und reich trotz der Entschuldungshilfen des Landes
46 weiter auseinander. Die Löcher in vielen kommunalen Haushalten stehen denen in
47 vielen Gemeindestraßen in nichts nach. Die Investitionsquote der kommunalen
48 Haushalte ist seit Jahren rückläufig. Und selbst die viel zu geringen
49 Investitionen können oftmals nur über neue Schulden realisiert werden. Knapp 70%
50 der kommunalen Investitionen in Niedersachsen werden über Kredite finanziert.
51 Hauptgründe der Misere der kommunalen Haushalte sind die deutlich
52 überproportional steigenden Kosten im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe, ein
53 einseitiges Abwälzen finanzieller Lasten der Gesellschaft auf die Kommunen und
54 eine Steuerpolitik des Bundes, die den Kommunen die zur Bewältigung ihrer
55 Aufgaben erforderliche Finanzausstattung verweigert. Deshalb fordern wir eine
56 gerechtere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen die auch den Kommunen zugute
57 kommt, sowie einen höheren kommunalen Anteil an den Einnahmen aus der
58 Umsatzsteuer.

59 Die wichtigste kommunale Steuereinnahme ist die Gewerbesteuer. Je nach
60 wirtschaftlicher Struktur einer Kommune schwanken die Einnahmen jedoch sehr
61 stark. Wir GRÜNEN wollen die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
62 umbauen, die von allen zu zahlen ist, die Gewinne aus selbstständiger Tätigkeit
63 erwirtschaften. Dadurch wird diese Steuer nicht nur gerechter, sondern stetiger
64 und damit für die Kommunen leichter kalkulierbar. Mit der Novelle des
65 Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NkomVG) sorgen wir im Land dafür
66 , dass die Möglichkeiten der Kommunen sich wirtschaftlich zu betätigen, wieder
67 ausgeweitet werden, nachdem dieses zwischen 2003 und 2012 von schwarz-gelb unter
68 dem Mantra der Privatisierung massiv beschnitten wurden. Das erweitert
69 einerseits die finanziellen Spielräume der Städte und Gemeinden, stärkt sie aber
70 vor allem in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Daseinsvorsorge

71 Für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik

72 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ lautet der erste Satz unseres
73 Grundgesetzes. Unsere Verfassung schränkt den sich daraus ableitenden Anspruch
74 jedes Einzelnen an den Staat nicht auf eine bestimmte Nationalität oder Herkunft
75 ein, dieser Anspruch gilt universal und damit auch für die Menschen, die aufgrund
76 von Verfolgung und Krieg zu uns kommen. Wir Grünen sind die Partei, die für eine
77 menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik steht. Die Aufgabe, die zu uns
78 kommenden und bei uns bleibenden Menschen zu integrieren, ist eine Aufgabe des
79 gesamten Staates, die aber überwiegend in den Kommunen umgesetzt werden muss.

80 Die Herausforderung annehmen

81 102.231 Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind im Jahr 2015 nach Niedersachsen
82 gekommen. Dabei wurde gerade in den Kommunen vorbildliches geleistet:
83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen, von Sozialverbänden,
84 in caritativen und kirchlichen Einrichtungen, vor allem aber die vielen
85 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer haben diese Herausforderung mit großem
86 Engagement zum Teil deutlich über die Grenze der psychischen und physischen
87 Belastbarkeit hinaus gemeistert und tun dies weiter. Sie sind es, denen die
88 international zum Ausdruck kommende Bewunderung für die Bewältigung dieser
89 Aufgabe eigentlich gilt.

90 Klar ist: Wenn die große, überwiegend noch vor uns liegende Aufgabe der
91 Integration der vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohenen Menschen gelingen
92 soll, sind dafür erhebliche Ressourcen erforderlich. Die Menschen mit dem

93 erforderlichen Wohnraum zu versorgen, Ihnen unsere Sprache, die Grundwerte
94 unseres Zusammenlebens in Deutschland zu vermitteln, sie in Ausbildung und
95 Arbeit zu bringen, ist eine Aufgabe, die vor allem in den Kommunen konkret wird.
96 Wenn wir den Menschen die Möglichkeit geben, sich zu integrieren, ihren
97 Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften, leisten wir damit nicht zuletzt einen
98 wichtigen Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel im Zuge des demografischen
99 Wandels. Damit das Gelingen kann, haben wir GRÜNEN in der Landesregierung bereits
100 einiges auf den Weg gebracht: Entscheidend für das Gelingen der Integration ist
101 die Sprachförderung. 2/3 der Geflüchteten sind Erwachsene. Daher fördert die
102 Landesregierung mit rund 20 Mio. Euro den Spracherwerb in der
103 Erwachsenenbildung. Diese Fördermaßnahmen stehen anders als die
104 Sprachfördermaßnahmen des Bundes allen zu uns Gekommenen zur Verfügung –
105 unabhängig von Herkunft und bleiberechtlichem Status. Die Zahl der
106 Sprachlernklassen an den niedersächsischen allgemeinbildenden Schulen wird von
107 118 Ende 2014 auf über 500 im laufenden Jahr ansteigen. Dafür stellt das Land
108 das Finanzvolumen von 700 zusätzlichen Stellen zur Verfügung. Das Land hat den
109 Kommunen die Möglichkeit eröffnet, eine elektronische Gesundheitskarte für
110 Geflüchtete mit definiertem Aufenthaltsstatus einzuführen und damit nicht
111 zuletzt Verwaltungskosten einzusparen. Zudem stehen in Niedersachsen 400 Mio. €
112 für den sozialen Wohnungsbau aus Landesmitteln zur Verfügung und der
113 Wohnraumförderfonds des Landes wird um 45 Mio. auf 85 Mio. € aufgestockt. Mit
114 diesen Mitteln sollen Wohnungen für Haushalte mit kleinen und mittleren
115 Einkommen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige
116 Menschen geschaffen werden – aber auch für Flüchtlinge.

117 Demgegenüber kommt der Bund der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Integration
118 bisher nur sehr unzureichend nach. Die bisher vom Bund zugesagte Kostenpauschale
119 von monatlich 670 € bis zur Bescheidung des Asylantrags durch das BAMF reicht
120 bei weitem nicht aus. Angesichts eines im Jahr 2015 zu verzeichnenden
121 Haushaltsüberschusses des Bundes von fast 11 Mrd. € ist der Bund gefordert, sich
122 endlich angemessen an Kosten der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge
123 zu beteiligen.

124 Gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus

125 Gegen rechte Hetze und rechte Gewalt grenzen wir uns klar ab. Wir stehen auf,
126 wenn Stimmung gegen Geflüchtete und die Schwachen in unserer Gesellschaft
127 gemacht wird und werden gemeinsam mit vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern
128 die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Integration bewältigen. Dabei ist es
129 besonders wichtig, zivilgesellschaftliches Engagement einzubeziehen und die
130 vielfältig vorhandene Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger an den
131 richtigen Stellen einzubeziehen, zu nutzen und anzuerkennen. Darin liegt nicht
132 zuletzt eine große Chance für den Gemeinsinn in unseren Kommunen.

133 Politische Bildung ist eine Grundvoraussetzung für eine starke Demokratie. Auf
134 GRÜNE Initiative wird das Land Niedersachsen eine neue Landeszentrale für
135 politische Bildung gründen. Die neue Landeszentrale wird unter anderem die
136 Aufgabe haben, Aktivitäten der politischen Bildung in den Kommunen aufzugreifen
137 und zu vernetzen und so passgenaue Angebote vor Ort zu unterstützen. Beim Kampf
138 gegen Rechtsradikalismus und -populismus ist das Engagement der
139 Zivilgesellschaft von herausragender Bedeutung. Zahlreiche Verbände, Initiativen
140 und örtliche Bündnisse leisten bereits Vorbildliches. Beispielhaft seien die
141 ARUG in Braunschweig, die Amadeu Antonio Stiftung oder das Bündnis „Bad Nenndorf

142 ist bunt“ genannt. Dieses Engagement wollen wir vom Land und in den Kommunen
143 stärker fördern. Mit einem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus wollen wir
144 zudem u.a. eine dezentrale aufsuchende Beratung für Opfer rechter und
145 rassistischer Gewalt in unabhängiger Trägerschaft verankern.

146 Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz und Energiewende

147 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Umwelt- und Naturschutzes. In diesem
148 Sinne haben wir in den vergangenen rund 30 Jahren viel erreicht: Unsere Luft,
149 unsere Flüsse und Bäche sind sauberer geworden, die Belastung der Luft hat
150 abgenommen und auch der Umgang mit unserem Müll hat sich deutlich zum Positiven
151 verändert. Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangebracht und den
152 Atomausstieg hätte es ohne GRÜNE sicher nicht gegeben.

153 Mindestens so lang wie die Liste des Erreichten ist jedoch der Katalog der vor
154 uns liegenden Aufgaben: Die Bedrohung unserer Tier-, Pflanzenarten und Biotope
155 nimmt trotz mancher Erfolge im Naturschutz weiter zu; das Problem der Belastung
156 unserer Böden und unseres Grundwassers ist nicht gelöst und beim größten
157 globalen Umweltproblem, dem Klimawandel, verfehlt auch Deutschland seine Ziele
158 erheblich.

159 Gerade die kommunale Ebene ist für die Umweltpolitik von zentraler Bedeutung:
160 Hier werden Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien genehmigt,
161 Schutzgebiete für den Natur- und Landschafts- wie den Grundwasserschutz
162 ausgewiesen, Maßnahmen gegen die Belastung mit Feinstaub und Stickoxiden
163 ergriffen, usw. Hier, wie auch auf der Landesebene übernehmen wir Grüne
164 Verantwortung für den Schutz von Natur und Umwelt.

165 Für gutes Klima

166 Wir Grüne sind die politische Kraft, die für Klimaschutz und nachhaltige
167 Energiepolitik steht. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die Bund, Länder und
168 Kommunen nur gemeinsam umsetzen können. Nur wenn die Energiewende bei uns
169 konsequent umgesetzt und wirtschaftlich dauerhaft erfolgreich wird, kann es
170 gelingen, mit diesem Modell auch weltweit zu überzeugen und zumindest diesen
171 Teil der Fluchtursachen erfolgreich zu bekämpfen. Mit dem „Grünen
172 Energieszenario“ hat unsere Landtagsfraktion aufgezeigt, dass und wie es
173 gelingen kann, unsere Energieversorgung bis zum Jahr 2040 zu 100% auf
174 Erneuerbare Energien umzustellen. Dabei kommt den Kommunen eine entscheidende
175 Rolle zu. Eine Reihe von Städten, Gemeinden und Landkreisen in Niedersachsen
176 haben bereits eigene Klimaschutzkonzepte erarbeitet und darin aufgezeigt, wie
177 sie konkret ihre Verantwortung als Eigentümerin kommunaler Gebäude, in der
178 Planung neuer Bau- und Gewerbegebiete, bei der Ausweisung von Standorten für die
179 Erzeugung von Energie aus Sonne, Wind und Biomasse oder als Verantwortliche für
180 Verkehrsplanung, Ver- und Entsorgung für den Klimaschutz nutzen wollen. Nach
181 Angaben der kfW-Förderbank ist die Fördersumme für Energieeffizienzmaßnahmen bei
182 Schulen, Turnhallen und anderen kommunalen Gebäuden in den Jahren 2011 bis 2014
183 auf bundesweit rund 1,4 Mrd. € und damit um rund 120% gegenüber dem Zeitraum
184 2007 – 2010 angestiegen. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete sehen eine Reihe
185 von Städten und Gemeinden inzwischen deutlich über die gesetzlichen Standards
186 hinausgehende Wärmeschutzmaßnahmen oder den Anschluss an eine Kraft-Wärme-
187 gekoppelte Nahwärmeversorgung vor. Mit dem Windenergieerlass hat die
188 Landesregierung den Kommunen wertvolles Rüstzeug für die Ausweisung von
189 Windkraft-Standorten im Einklang mit den Belangen der Anwohnerinnen und Anwohner

190 und des Naturschutzes an die Hand gegeben. Vor allem dort, wo Kommunen über
191 eigene Stadtwerke verfügen, können sie sich bewusst gegen Strom aus
192 klimaschädigenden Kohlekraftwerken entscheiden und selbst in Erneuerbare
193 Energien investieren. Das alles sind Erfolge GRÜNER (Kommunal)-Politik, die wir
194 in den kommenden Jahren zielgerichtet fortsetzen wollen.

195 Die biologische Vielfalt erhalten

196 Die Rückkehr des Wolfes nach Niedersachsen oder die positive Bestandsentwicklung
197 mancher weithin bekannter Arten wie dem Weißstorch, können leicht darüber
198 hinwegtäuschen, wie es tatsächlich um die biologische Vielfalt in Niedersachsen
199 bestellt ist. Nach wie vor gehen die Bestände vieler Arten der offenen
200 Landschaft zurück und haben inzwischen ein besorgniserregend niedriges Niveau
201 erreicht. Selbst ehemalige Allerweltsarten wie die Feldlerche, deren trillernder
202 Gesang vor 20 Jahren noch in Dauerschleife über unseren Äckern tönte, sind zur
203 Rarität geworden. Wir Grünen setzen uns in den Kommunen dafür ein, endlich
204 unsere FFH- und Vogelschutzgebiete wirksam zu schützen und entsprechend der
205 Vorgabe des neuen Landesraumordnungsprogramms auch vor Ort ein
206 Biotopverbundsystem auszuweisen. Teile der kommunalen Waldflächen sollen aus der
207 forstwirtschaftlichen Nutzung genommen und Eigenentwicklung überlassen
208 werden. Wir GRÜNEN setzen uns in den Städten und Gemeinden dafür ein, dass
209 Wegerandstreifen in kommunalem Eigentum wieder als ungenutzt Saumstrukturen die
210 Landschaft beleben. Damit schaffen wir nicht nur Abwechslung in einer zunehmend
211 monoton gewordenen Landschaft, sondern schaffen wertvollen Lebensraum für
212 Feldhase, Rebhuhn und Co. Extensiv genutzte Blühstreifen liefern zudem wertvolle
213 Nahrungsflächen für Wildbienen und unser wichtigstes Nutztier, die Honigbiene.

214 Mit Flächen sparsam haushalten

215 Der Boden ist unsere wertvollste Ressource. Noch immer gehen in Niedersachsen
216 täglich rund 10 Hektar und damit deutlich zu viel wertvoller Boden durch
217 Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau verloren. Die Entscheidung darüber, wo und in
218 welchem Umfang Flächen für Bau- und Gewerbegebiete ausgewiesen werden, wird in
219 den kommunalen Räten getroffen. Insbesondere bei der Ausweisung von Gewerbe- und
220 Industrieflächen wird vielfach deutlich über den Bedarf hinaus geplant und
221 Gewerbeflächen werden oft billig verramscht. Es fehlt damit jeglicher Anreiz zu
222 flächensparendem Bauen. Außerdem ist die Ausweisung gewerblicher Bauflächen
223 oftmals vom kommunalen Kirchturmsdenken geprägt. Wo möglich und sinnvoll, setzen
224 wir uns daher für interkommunale Gewerbegebiete ein. Im neuen
225 Landesraumordnungsprogramm wird die rot-grüne Landesregierung den Vorrang der
226 Innenentwicklung einer Kommune vor der weiteren Ausdehnung in den Außenbereich
227 verankern. Mit dem neuen Landesraumordnungsprogramm wird den Landkreisen die
228 Möglichkeit gegeben, die extrem flächenzehrenden und den lokalen Einzelhandel im
229 ländlichen Raum gefährdenden Factory Outlets und Shopping-Malls auf der „Grünen
230 Wiese“ künftig zu verhindern. In den Kreistagen wollen wir GRÜNEN dafür
231 eintreten, dass diese Möglichkeiten tatsächlich genutzt werden.

232 Abfall ist Wertstoff

233 In der Abfallpolitik treten wir dafür ein, das intransparente, ineffiziente und
234 hinsichtlich des Ziels einer möglichst hochwertigen Verwertung weit hinter den
235 Möglichkeiten zurück bleibende Duale System und damit den Gelben Sack
236 abzuschaffen. Die Verpackungsverordnung wollen wir durch ein Wertstoffgesetz
237 ersetzen und damit die Grundlage dafür schaffen, dass neben den sog.

238 Leichtverpackungen die bisher über das Duale System entsorgt werden, auch
239 stoffgleiche Nichtverpackungen gemeinsam in einer Wertstofftonne eingesammelt
240 werden. Das Duale System bleibt zudem bei der stofflichen Verwertung der
241 eingesammelten Abfälle weit hinter den Möglichkeiten zurück. Der größte Teil
242 wird „energetisch verwertet“ – sprich verbrannt. Wir fordern eine deutliche
243 Erhöhung des tatsächlich recycelten Anteils der Wertstoffe im Abfall. Die
244 organisatorische Verantwortung für Entsorgung und Verwertung der Wertstoffe
245 wollen wir in die bewährten Hände der kommunalen Abfallwirtschaft geben. Wir
246 treten ferner dafür ein, dass die Biotonne - entsprechend der rechtlichen
247 Vorgaben des Abfallrechts – endlich in allen Städten und Landkreisen in
248 Niedersachsen eingeführt wird. Außerdem stehen GRÜNE dafür, mit den kommunalen
249 Abfall-Gebührenordnungen wirksame Anreize für die Müllvermeidung zu setzen.

250 Gesunde Lebensmittel aus regionaler bäuerlicher Landwirtschaft

251 Nach zehn Jahre schwarz-gelber Agrarpolitik hatte sich Niedersachsen immer mehr
252 zum Hotspot der Massentierhaltung in Deutschland entwickelt. Nachdem die
253 Geflügel- und Mastschweinebestände in Niedersachsen jahrelang kontinuierlich
254 angestiegen sind, konnte dieser Trend ab 2014 erstmals gebrochen werden; seither
255 sind die Bestände leicht rückläufig. Die von uns GRÜNEN seit Anfang 2013
256 vorangetriebene Agrarwende beginnt zu wirken: Die Anforderungen an den Bau neuer
257 Ställe zum Schutz der Umwelt und der Anwohnerinnen und Anwohner sind deutlich
258 gestiegen, der Einsatz von Antibiotika in den Ställen geht zurück, liegt aber
259 noch immer – insbesondere bei den sog. Reserveantibiotika - auf einem zu hohen
260 Niveau. Den Einsatz von Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung wollen wir
261 verbieten, um sie als wirksames Mittel zur Heilung bakterieller Infektionen in
262 der Humanmedizin zu erhalten.

263 Der massive Preisverfall bei der Milch auf ein für die Betriebe längst nicht
264 mehr kostendeckendes Niveau im Zuge der europaweiten Abschaffung der
265 Mengenbegrenzung durch die Milchquote im Frühjahr 2015 zeigt sehr deutlich, dass
266 die bisher von großen Teilen der Agrarwirtschaft propagierte Ausrichtung unserer
267 Landwirtschaft auf den Weltmarkt nicht nur erhebliche Umweltprobleme verursacht,
268 sondern auch für unsere landwirtschaftlichen Betriebe fatal ist. Bäuerinnen und
269 Bauern können mit harter Arbeit vielfach noch nicht einmal den Mindestlohn
270 erwirtschaften. Deshalb gibt es zu einer auf die Versorgung des heimischen
271 Marktes mit hochwertigen Lebensmitteln ausgerichteten Agrarpolitik keine
272 Alternative. Wir GRÜNEN setzen uns im Land und in den Städten und Gemeinden für
273 eine regionale Landwirtschaft ein. Unser Leitbild ist dabei der Ökologische
274 Landbau, der auf den Einsatz von Pestiziden und synthetischen Düngestoffen
275 verzichtet und Tiere artgemäß hält. Zur Förderung der gesunden Ernährung in der
276 Schule haben wir das Schulobstprogramm in Niedersachsen auf den Weg gebracht.
277 Über 700 niedersächsische Grund- und Förderschulen nehmen inzwischen daran teil
278 und bieten ihren Schülerinnen und Schüler drei gesunde Mahlzeiten aus Obst und
279 Gemüse vornehmlich aus regionalem Anbau an.

280 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Tierschutzes. Wir treten dafür ein,
281 die Haltung der Schweine, Geflügel und Rinder in unseren Ställen kontinuierlich
282 zu verbessern. Wir GRÜNEN machen damit Schluss, den Hühnern den Schnabel und den
283 Schweinen ihren Ringelschwanz abzuschneiden. Diese bisher übliche Praxis zur
284 Vermeidung gegenseitiger Verletzungen aufgrund haltungsbedingter
285 Stressreaktionen der Tiere hat keine Zukunft. Stattdessen müssen die
286 Haltungsbedingungen so gestaltet werden, dass derartige Reaktionen möglichst gar

287 nicht erst entstehen. Zudem setzen wir uns für ein Verbot von Wildtieren in
288 Zirkussen ein. Wir GRÜNEN haben in einer Reihe niedersächsischer Kommunen dafür
289 gesorgt, dass kommunale Flächen Zirkusbetrieben vorbehalten bleiben, die auf die
290 Zurschaustellung von Wildtieren verzichten, denn Bären, Elefanten oder
291 Raubkatzen sind in Zirkusbetrieben nicht artgemäß zu halten.

292 Für eine zukunftsgerichtete Mobilität

293 In seinem im März diesen Jahres vorgelegten Bundesverkehrswegeplan hat der
294 Bundesverkehrsminister wieder einmal eine unsinnige und aus den verfügbaren
295 Haushaltsmitteln nicht finanzierbare Wunschliste von Straßenneubauplanungen
296 aufgeschrieben.. Wir GRÜNE vertreten dagegen die Auffassung, dass Ausbaubedarf
297 in der Verkehrsinfrastruktur vorrangig im Bereich des Schienengüterverkehrs und
298 der künstlichen Binnenwasserstraßen besteht: Beispielsweise ist der Elbe-
299 Seitenkanal als Bindeglied zwischen der Elbe und dem Mittellandkanal und damit
300 in seiner Funktion für den Hinterlandverkehrs für den Hamburger Hafen nur sehr
301 eingeschränkt nutzbar, weil das Schiffshebewerk bei Scharnebeck für
302 Großmotorgüterschiffe zu klein ist. Unser bestehendes überörtliches Straßennetz
303 reicht grundsätzlich aus. Statt teurer, landschaftszerstörender Neubauten liegt
304 unser Schwerpunkt darauf, die in erheblichem Umfang maroden vorhandenen Straßen
305 und Brücken endlich zu sanieren. Dafür treten wir in den Kommunen, wie auch im
306 Bund und Land ein

307 Verkehrswende und Lärmschutz vor Ort

308 Wir wollen die Verkehrswende hin zur umweltgerechten und klimaschonenden
309 Mobilität. Die Lebensqualität der Menschen gerade in unseren Städten wollen wir
310 durch Schutz vor Lärm, Feinstaub und Stickoxide verbessern und den CO₂-Ausstoß
311 des Verkehrs senken. Wir stärken insbesondere den Bahn- und Busverkehr und
312 treten für sichere, barrierefreie Fußwege ein. Im ländlichen Raum wollen wir
313 attraktive Busverbindungen durch nachfrageorientierte Angebote wie Anruf-Sammel-
314 Mobile, Anruf-Linienbusse und BürgerInnenbusse und Mitfahrzentralen ergänzen.
315 Wir wollen die Elektromobilität und das Carsharing fördern. Gerade im
316 städtischen Raum gewinnen elektromobile Carsharing-Angebote nicht zuletzt
317 aufgrund der sich in den letzten Jahren deutlich wandelnden Einstellung zum Auto
318 deutlich an Bedeutung. Nicht mehr der Besitz, sondern die Möglichkeit der
319 Nutzung eines Autos im Verbund mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad
320 liegt im Trend . Dem wollen wir durch Kombi-Angebote von Carsharing und
321 öffentlichen Verkehrsmitteln, durch bevorzugte Nutzung öffentlichen Parkraums
322 durch Carsharing-Fahrzeuge, durch die Bereitstellung der notwendigen
323 Infrastruktur (Ladestationen etc.) weiter Vorschub leisten. Gerade im urbanen
324 Raum wollen wir die Nutzung des Fahrrades durch Schaffung zusätzlicher Rad-
325 Schnellwege attraktiver machen. Dafür sollen vorhandene Wegeverbindungen –
326 nötigenfalls auch zu Lasten des Autoverkehrs – genutzt werden.

327 Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen trägt erheblich zur Verbesserung der
328 Verkehrssicherheit, des Lärmschutzes und zum Schutz vor Schadgasen und Feinstaub
329 bei, Auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen haben Kommunen bisher jedoch nicht
330 die Möglichkeit, die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen. Diese Freiheit
331 wollen wir ihnen eröffnen.

332 Den Breitbandausbau voranbringen

333 Die Versorgung mit einer guten Breitbandinfrastruktur ist ein wichtiger
334 Standortfaktor speziell für den ländlichen Raum. Gleichzeitig ist es eine Frage
335 der Teilhabegerechtigkeit, ob alle das Medium Internet angemessen nutzen können.
336 Unternehmen brauchen leistungsfähige Glasfaseranschlüsse, um wettbewerbsfähig zu
337 bleiben und für die Bürgerinnen und Bürger hat sich das Internet zu einem
338 elementaren Bestandteil des Alltagslebens entwickelt. Unser Ziel ist daher, die
339 weiter bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung zeitnah zu schließen und
340 überall Übertragungsraten von 50 Mbit/s und mehr zu ermöglichen.

341 BürgerInnennähe und Transparenz

342 Kommunalpolitik ist „nah an den Menschen“ und dennoch ist die Beteiligung an
343 Kommunalwahlen kontinuierlich niedrig. Eine Ursache dieses Ausdrucks von
344 Desinteresse dürfte nicht zuletzt der aufgrund der schwierigen finanziellen Lage
345 der Kommunen bei den Bürgerinnen und Bürgern entstandene Eindruck sein, die
346 tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten seien gering. Ein weiterer Grund, warum
347 die Keimzelle der Demokratie in den vergangenen Jahren Schaden genommen hat
348 liegt darin, dass unter schwarz-gelb in Niedersachsen die politischen
349 Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihres
350 Gemeinwesens beschränkt wurden. Dem setzen wir ein Informationsfreiheits- und
351 Transparenzgesetz entgegen, mit dem die Bürgerinnen und Bürger nicht nur
352 grundsätzlich den bedingungslosen Zugang zu amtlichen behördlichen Informationen
353 haben, sondern Verwaltungen des Landes darüber hinaus in der Pflicht sind, diese
354 ihrerseits zu veröffentlichen. Auch den Kommunen wird mit diesem Gesetz die
355 Möglichkeit eröffnet, ihren behördlichen Informationen zu veröffentlichen. Mit
356 der Reform der Niedersächsischen Kommunalverfassung leisten wir einen wichtigen
357 Beitrag für mehr direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger: Wir senken das
358 Quorum der Bürgerinnen und Bürger, die für einen erfolgreichen Bürgerentscheid
359 nötig sind, die Hürde – je nach Größe der Kommune – eine bestimmte Zahl von
360 Unterschriften für ein erfolgreiches Bürgerbegehren vorlegen zu müssen, senken
361 wir ebenfalls ab. Damit ermöglichen wir GRÜNEN mehr direkte Demokratie in
362 unseren Städten und Gemeinden.

363 Der sozialen Verantwortung gerecht werden

364 Es kann teuer werden, sie unseren Sozialstaat nicht zu leisten, er garantiert
365 den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht bestellt: In
366 kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf
367 Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland und diese Ungleichheit nimmt
368 weiter zu.

369 In unseren Kommunen bekommen immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihr „tägliches
370 Brot“ regelmäßig bei einer der rund 100 niedersächsischen Tafeln, die fast
371 ausschließlich ehrenamtlich organisiert sind. Gegenwärtig suchen in
372 Niedersachsen rund 150.000 (Schätzung des Nds. Sozialministeriums) Bürgerinnen
373 und Bürger eine "Tafel" auf, das ist mindestens eine Verdoppelung gegenüber
374 2007. Die Gründe für die Zunahme der "Tafeln" sind vielfältig, auffällig ist die
375 Zunahme der Altersarmut und alleinlebender Menschen. Zur Armut kommt die soziale
376 Ausgrenzung hinzu; sie ist die andere Seite der selben Medaille.

377 Eine Gesellschaft mit großer Ungleichheit kann ihre Potenziale nicht nutzen und
378 verliert den sozialen Kitt, der sie zusammenhält. Wir GRÜNEN streiten für
379 einen Dreiklang aus guten Bildungschancen für alle, die nicht von Geldbeutel
380 oder sozialem Status der Eltern abhängig ist, eine gerechte Entlohnung der

381 Arbeit, die ein würdevolles Leben ermöglicht und auf eine gerechte Verteilung
382 des Vermögens.

383 Für ein soziales Miteinander in den Kommunen

384 Das tägliche Leben und Miteinander der Menschen spielt sich in unseren Kommunen
385 ab. Unseren Kommunen kommt eine besondere Verantwortung in der Frage zu, wie wir
386 gemeinsam leben wollen, wie das Miteinander aller Menschen organisiert wird, wie
387 wir den demografischen Wandel als Herausforderung annehmen. Ein großer Teil
388 erfolgreicher Sozialpolitik wird vor Ort umgesetzt: In unseren Städten,
389 Gemeinden und Landkreisen werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe
390 gestellt. Deshalb treten GRÜNE Kommunalpolitikerinnen und -politiker für gute
391 Schulen, Begleitung, Betreuung und Beratung in prekären Lebenslagen, bezahlbaren
392 Wohnraum und eine kommunale Daseinsvorsorge mit umfassenden sozialen,
393 wirtschaftlichen und kulturellen Dienstleistungen ein. Eine Gesellschaft die
394 niemanden zurücklässt, braucht gute öffentliche Einrichtungen; sei es in der
395 Sozialprävention, in der Kinder- und Jugendarbeit oder in den sozialen Diensten.
396 Dafür stehen wir GRÜNEN in den Räten und Kreistagen. Mit unserer Politik stellen
397 wir den Menschen mit seinen Potenzialen und Bedürfnissen nach Teilhabe in den
398 Mittelpunkt.

399 Armut wirksam bekämpfen – Lebensräume gestalten

400 Oftmals gehen soziale Ausgrenzung und Armut miteinander einher. Die Begleitung,
401 Betreuung und Beratung der Menschen mit persönlichen Problemlagen gehören in den
402 Fokus kommunaler Aufgaben. Bündnis 90/Die Grünen fordern auf kommunaler Ebene
403 den weiteren Aufbau und Erhalt präventiver Konzepte, sowie Kontinuität und
404 Qualität in der sozialen Arbeit für die unterschiedlichen Beratungsstrukturen,
405 z.B. Arbeitslosen-, Schuldner-, Suchtberatung ein.

406 Kleine soziale Projekte in den Kommunen zeigen große Wirkung und haben für alle
407 Bürgerinnen und Bürger einen hohen Mehrwert. Interkulturelle Projekte, die das
408 Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Weltanschauungen
409 befördern, geschlechtsspezifische Präventionsarbeit, Initiativen gegen
410 Rechtsextremismus und auch der Heimat- und Kulturverein brauchen die
411 Unterstützung der gesamten Kommune. Grüne in den Räten und Kreistagen sind die
412 Stimme für viele kleine soziale Projekte.

413 Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Die Menschen
414 werden älter, die Kinder nicht mehr und der Anteil der alleinlebenden Menschen
415 und der Menschen mit Migrationshintergrund nimmt weiter zu, Auf diese
416 Veränderungen muss sich die Kommune einstellen, wenn sie zukunftsfähige Politik
417 für ihre Bürgerinnen und Bürger gestalten will. Lebensqualität und
418 Selbständigkeit, medizinische Versorgung, Betreuung und Pflege muss stärker in
419 unser kommunales Zusammenleben integriert werden. Wichtig ist der Ausbau der
420 ambulanten Versorgung und das Schaffen von neuen Wohnformen, dass auf die Bedarfe
421 der älteren Menschen reagiert. Kommunale Altenpolitik muss eine Infrastruktur
422 für die Grundversorgung aufbauen.

423 Barrierefreie Innenstädte, generationengerechtes Wohnen, ein bedarfsgerechter
424 bezahlbarer ÖPNV, gute medizinische Hausarztversorgung, auch im ländlicheren
425 Bereichen, weiterer Ausbau der ambulanten Angebote und der Zugang zu guter
426 Pflege sind für unser Zusammenleben wichtige Aspekte. Die Strukturen dafür
427 müssen vor Ort geschaffen werden.

428 Frauen in unseren Kommunen

429 Frauen sind in den kommunalen Parlamenten immer noch nicht entsprechend ihres
430 Anteils an der Bevölkerung repräsentiert. Bündnis90/Die Grünen stehen für eine
431 konsequente Erhöhung des Frauenanteils auf allen kommunalen Ebenen. Grüne wollen
432 das Frauen bei der Vergabe von Leitungspositionen entsprechend berücksichtigt
433 werden. Kommunen sollten alle Möglichkeiten nutzen, sich für mehr
434 Chancengleichheit der Geschlechter einzusetzen. Wir setzen uns für mehr
435 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsangebote in den
436 Verwaltungen und kommunalen Einrichtungen ein. Grüne fordern die konsequente
437 Umsetzung entsprechend dem Niedersächsischen Tariftreuegesetz bei der Vergabe
438 von öffentlichen Aufträgen.

439 Mädchen und Frauen sind immer noch überproportional Opfer von Gewalt und
440 sexuellen Übergriffen. Ein flächendeckendes Netzwerk von Mädchen- und
441 Frauenhäusern, sowie von Beratungsstellen ist daher für uns Grüne ein
442 wesentlicher Bestandteil kommunaler Frauenpolitik.

443 Gute Bildung für alle

444 Bildung ist der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer
445 Gesellschaft. Eine Infrastruktur für ein lebenslanges Lernen zu schaffen, zu der
446 alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem Hintergrund Zugang haben,
447 ist eine Kernaufgabe für die gesamte Gesellschaft. In den Kommunen wird der
448 Grundstein für gute Bildung gelegt. Sie stehen vor der Herausforderung, trotz
449 begrenzter Mittel ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot
450 für alle bereit zu stellen. Dabei müssen sie auch die große Zahl der in den
451 letzten Monaten neu zu uns gekommenen Menschen berücksichtigen, denn Bildung und
452 Spracherwerb sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in
453 Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

454 Ein guter Start in die Schule beginnt mit guter frühkindlicher Bildung. Gerade
455 für die Kleinsten sollte für hohe Qualitätsstandards sowohl bei der Betreuung
456 durch gut qualifiziertes und vor allem ausreichendes Personal als auch bei dem
457 Platz und dem Essen für die Kleinsten zu gesorgt werden. Ein qualitativ gutes
458 Betreuungsangebot mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten ist außerdem auch ein
459 Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Finanzierung einer dritten
460 Fachkraft für jede Krippengruppe durch das Land war ein Anfang - wir Grüne
461 streben eine weitere Verbesserung der Betreuungsqualität an, indem wir auch für
462 Kitas den Personalschlüssel erhöhen. Integration und Spracherwerb fallen Kindern
463 noch sehr viel leichter als Erwachsenen. Darum ist es besonders wichtig, die
464 Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen auf die Herausforderung 'Integration'
465 vorzubereiten und möglichst viele Familien zu ermutigen, die Angebote
466 wahrzunehmen und sich an der Elternarbeit zu beteiligen. Damit möglichst alle
467 Kinder Kitas besuchen können, legen wir Wert auf sozial ausgewogene Gebühren.

468 Die Landkreise und Gemeinden haben als Schulträger in der Bildungspolitik
469 bereits jetzt gewisse Spielräume, aber wir Grüne setzen uns dafür ein,
470 Kompetenzen auf die Schulträger und auch auf die Schulen selbst verlagert
471 werden. Vor Ort kann oftmals am besten entschieden werden, welche Anschaffungen
472 nötig sind und wie der Elternwille am besten umgesetzt werden kann.

473 Wir lehnen die Ungleichbehandlung verschiedener Schulformen ab, daher haben wir
474 die Hürden für die Neugründung von Gesamtschulen abgebaut. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

475 unterstützen seit jeher den Ausbau von Ganztagschulen, weil sie Kinder in ihrer
476 gesamten Entwicklung besser fördern, Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und
477 Familien entlasten . Bis 2017 stehen 260 Millionen Euro für den Ausbau der
478 Ganztagschulen bereit. Gebundene Ganztagschulen brauchen ein pädagogisches
479 Konzept und mehr Personal. Gesundes Mittagessen und sozialpädagogische Betreuung
480 gehören ebenso zur Ganztagschule wie die Kooperationen mit regionalen
481 PartnerInnen aus Kultur, Sport, Wirtschaft und anderen Verbänden und Vereinen.
482 Wir fordern die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen.
483 Menschen mit Behinderungen aller Altersgruppen sind mit allen ihren Stärken und
484 Schwächen als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft anzuerkennen und dürfen
485 nicht ausgegrenzt werden.

486 Schluss

487 Grüne Kommunalpolitik gestaltet, Grüne in Niedersachsen mischen mit und bringen
488 sich ein, für die Gemeinde, für die Stadt, für die Region. Dabei sind wir
489 kreativ und ideenreich in der Suche nach Lösungen um mehr Lebensqualität,
490 Zukunftsfähigkeit und menschliches Miteinander zu verankern. Wir wollen starke,
491 zukunftsfähige Kommunen, die finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre
492 Aufgaben bei der Umsetzung ökologischer und gerechter Politik auch wahrnehmen
493 können.

494 Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt dazu bei, dass Niedersachsen in
495 Zukunft noch lebenswerter werden kann!

Begründung

kann ignoriert werden